



CH-3003 Bern

BAK

Bundesamt für Energie BFE
3003 Bern

Ihr Zeichen:

Referenz/Aktenzeichen: 262.564-3

Unser Zeichen: bri

Sachbearbeiter/in: Irene Bruneau

Bern, 3. Mai 2017

Vernehmlassung: Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 – Änderungen auf Verordnungsstufe

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege EKD hat in früheren Stellungnahmen mehrfach betont, dass sie den Atomausstieg wie auch die Förderung von erneuerbaren Energien grundsätzlich begrüsst. Die Kommission hat sich jedoch immer auch klar gegen die einseitige Begünstigung der Umsetzung von Massnahmen zur Energieeffizienz und der Errichtung von Anlagen erneuerbarer Energien zu Lasten der Interessen von Heimatschutz und Denkmalpflege ausgesprochen. Da die Kommission der Ansicht ist, dass die Ziele der Energiestrategie 2050 im Widerspruch zum Schutz steht, dem Objekte der Bundesinventare nach Art. 5 NHG unterliegen, gibt sie diese Stellungnahme gestützt auf Art. 4 Abs. 2 Bst. e VIG ab.

Gemäss Art. 12 Abs. 2 EnG kommt einzelnen Anlagen für erneuerbare Energien ab einer bestimmten Grösse neu ein nationales Interesse zu, das demjenigen nach Art. 6 Abs. 2 NHG entspricht. Damit wird die Energiegewinnung im Grundsatz anderen Interessen von nationaler Bedeutung gleichgestellt, namentlich dem Schutz, den Objekte im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung BLN geniessen. Das BLN umfasst 162 besonders wertvolle Landschaften und Naturdenkmäler, die ca. 19 % der Landesfläche ausmachen.¹ Zweck des BLN ist es, die darin aufgenommenen Landschaften und Naturdenkmäler ungeschmälert zu erhalten, ohne dabei den menschlichen Eingriff pauschal auszuschliessen. Ein Abweichen von der ungeschmälerten Erhaltung im Sinne der Inventare darf bei Erfüllung einer Bundesaufgabe nur in Erwägung gezogen werden, wenn ihr bestimmte gleich- oder höherwertige Interessen von ebenfalls nationaler Bedeutung entgegenstehen (Art. 6 Abs. 2 NHG). Dies führt dazu, dass inskünftig eine Interessenabwägung zwischen der ungeschmälerten Erhaltung eines Schutzobjekts von nationaler Bedeutung und dessen Nutzung zur erneuerbaren Stromproduktion vorgenommen werden muss. Die Behörden müssen die beiden Interes-

¹ Faktenblatt BLN Nr. 1 [<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/landschaft/fachinformationen/landschaftsqualitaet-erhalten-und-entwickeln/landschaften-von-nationaler-bedeutung/bundesinventar-der-landschaften-und-naturdenkmaeler-von-national.html>, 19.4.2017].

sen bei der Bewilligung von Wasser- und Windkraftanlagen gleich gewichten, und jeder Fall ist dabei einzeln zu beurteilen, um den verschiedenen Anliegen gerecht zu werden.

Die Schwellenwerte, welche die erforderliche Grösse und Bedeutung für ein nationales Interesse von Wasser- und für die Windkraftanlagen festlegen, sind in Art. 8 (Wasserkraftanlagen) und Art. 9 (Windkraftanlagen) des Entwurfs der revidierten Energieverordnung (EnV) aufgeführt:

Art. 8 EnV Wasserkraftanlagen von nationalem Interesse

Der Stromverbrauch betrug 2015 58.3×10^9 kWh; die Schweiz produzierte im selben Jahr 66×10^9 kWh Strom, wovon 39.5×10^9 kWh mit Wasserkraft generiert wurden.²

Der Bundesrat strebt für die Wasserkraft bis 2050 ein Zubauziel von $4,6 \times 10^9$ kWh an; dazu ist ein jährlicher Zubau von $0,118 \times 10^9$ kWh nötig. Da der Schwellenwert zur Festlegung der nationalen Bedeutung eines Wasserkraftwerks auf der Basis einer theoretischen jährlichen Zubaurate und nicht auf der Basis des Bruttozubaues berechnet wird, soll als Wasserkraftwerk von nationaler Bedeutung eine Anlage gelten, die mit 0.01×10^9 kWh bis 0.02×10^9 kWh erwarteter Produktion weniger als 5 Promille des Zubauziels erreicht. Würde man für die Wasserkraftproduktion den Schwellenwert auf der Basis des Zubauziels und damit auf der Basis des effektiven Bedarfs von $4,6 \times 10^9$ kWh zusätzlicher Wasserkraft im Jahr 2050 berechnen und von einem Anteil von 10% ausgehen, wären von nationalem Interesse Wasserkraftwerke in der Grössenordnung von Verbois³. Die Produktion eines mittelgrossen Kraftwerks wie Rheinau beträgt $0,241 \times 10^9$ kWh und produziert damit rund 5% des Zubauziels. Die Kommission anerkennt, dass es sich dabei um eine Anlage von nationalem Interesse handelt.

Antrag

Die EKD ist der Ansicht, dass die in Art. 8 des Entwurfs der EnV vorgeschlagenen Schwellenwerte den Natur- und Heimatschutz in der Schweiz untergraben, namentlich die in Art. 6 NHG geforderte ungeschmälerzte Erhaltung bzw. grösstmögliche Schonung von Objekten der Bundesinventare von nationaler Bedeutung. Die EKD fordert deshalb, dass die Schwellenwerte erhöht werden. Sinnvoll erscheinen Schwellenwerte zwischen 5-10% des Bruttozubaubziels.

Art. 9 EnV Windkraftanlagen von nationalem Interesse

Das nationale Ausbauziel im Bereich der Windenergienutzung beträgt $4,3 \times 10^9$ kWh im Jahr 2050. Da sich die nationale Bedeutung einer Windkraftanlage auf der Basis einer theoretischen jährlichen Zubaurate von rund $0,120 \times 10^9$ kWh berechnet und nicht auf der Basis des effektiven Ausbauziels, soll als Anlage von nationaler Bedeutung demnach eine Windkraftanlage gelten, die mit einer erwarteten Produktion von 0.01×10^9 kWh weniger als 2.5 Promille des Zubauziels erreicht. Würde man für die Windenergienutzung den Schwellenwert auf der Basis des Zubauziels und damit auf der Basis des effektiven Bedarfs von $4,3 \times 10^9$ kWh zusätzlicher Windenergie im Jahr 2050 berechnen und von einem Anteil von 5-10% ausgehen, wären von nationalem Interesse sinnvollerweise Windkraftanlagen in der Grössenordnung ab $0,215 \times 10^9$ kWh. Die Kommission anerkennt, dass es sich dabei um eine Anlage von nationalem Interesse handelt.

Zur Beurteilung des nationalen Interesses können gemäss Art. 9 Abs. 1 des Entwurfs der EnV mehrere Anlagen gemeinsam berücksichtigt werden, wenn sie in einer nahen räumlichen und gemeinsamen Anordnung (Windpark) stehen. Dieser Absatz ist gänzlich ungeeignet, da sowohl die Festsetzung eines Perimeters als auch die räumliche bzw. gemeinsame Anordnung ungenau sind und willkürlich festgesetzt oder definiert werden können.

² Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2015.

[http://www.bfe.admin.ch/themen/00526/00541/00542/00630/index.html?lang=de&dossier_id=00765, 19.4.2017].

³ http://www.bfe-gis.admin.ch/storymaps/WK_WASTA/index.php?lang=de, 19.4.2017.

Antrag

Die EKD ist der Ansicht, dass die in Art. 9 des Entwurfs der EnV vorgeschlagenen Schwellenwerte den Natur- und Heimatschutz in der Schweiz untergraben, namentlich die in Art. 6 NHG geforderte ungeschmälerte Erhaltung bzw. grösstmögliche Schonung von Objekten der Bundesinventare von nationaler Bedeutung. Die EKD fordert, dass die Schwellenwerte erhöht werden. Sinnvoll erscheinen Schwellenwerte von 5-10% des Bruttozubaupziels.

Art. 9 Abs. 1 ist zu streichen, da er der Willkür Vorschub leistet.

Die EKD kommt zum Schluss, dass die im Entwurf der Energieverordnung festgesetzten Schwellenwerte für die Zuschreibung eines nationalen Interesses bei Wasserkraft- und bei Windkraftanlagen viel zu tief angesetzt sind. Der mengenmässige Beitrag, den Kleinkraftwerke zur Erzeugung erneuerbarer Energie leisten können, ist derart marginal, dass das Konzept der nationalen Interessen zur Farce verkommt. Es scheint vielmehr, dass die Einführung derart niedriger Schwellenwerte für die Zuschreibung eines nationalen Interesses einzig darauf abzielt, das Schutzniveau der Bundesinventare nach Art. 5 NHG aufzuheben. Ausserhalb von BLN-Objekten, das heisst in über 80 % aller Landesflächen, wird die Interessenabwägung wohl immer zugunsten des Baus eines Kleinkraftwerks ausfallen. Es existieren also genügend Alternativen für die Verwirklichung ähnlicher Projekte ausserhalb von Landschaften mit nationaler Bedeutung. Mit der Errichtung von Kleinanlagen in Inventarobjekten des Bundes laufen wir ernsthaft Gefahr, wertvolle Landschaftsbilder nachhaltig zu beeinträchtigen, den natürlichen Wasserhaushalt tiefgreifend zu stören und die Gewässer-Fauna und -Flora unwiederbringlich zu zerstören.

Die EKD dankt für die Berücksichtigung ihrer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Eidgenössische Kommission für
Denkmalpflege**



Prof. Dr. Nott Caviezel
Präsident



Irene Bruneau
Kommissionssekretärin

Kopie:

- Bundesamt für Kultur, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege
- Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission